

Das Executive Board des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) verabschiedet Erklärung zu Good Governance und dem Schutz sauberer Athleten

Die nachfolgende Erklärung wurde einstimmig vom Executive Board des IOC angenommen:

Das Executive Board des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) hat in seiner Sitzung in Lausanne (8. Dezember bis 10. Dezember 2015) Good Governance und den Schutz sauberer Athleten ausführlich besprochen.

Es entspricht damit den Bitten zahlreicher Sportverbände, die sich von den Vorfällen in einigen Sportverbänden mit betroffen fühlen. Sie befürchten, dass sie unter Generalverdacht gestellt werden und damit an Ansehen verlieren.

Zahlreiche internationale Sportverbände (IFs) und Nationale Olympische Komitees (NOKs) haben sich stark für die Anwendung der Basic Principles of Good Governance im Sport eingesetzt. Alle Stakeholder in der Olympischen Bewegung haben sich mit der Olympischen Agenda 2020 auf die Anwendung dieser grundlegenden Prinzipien geeinigt.

Die jüngsten Vorfälle haben jedoch gezeigt, dass im Interesse der Glaubwürdigkeit aller Sportverbände Sofortmaßnahmen zur Stärkung der Good Governance notwendig sind. Das IOC schlägt daher folgende Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Good Governance im Sport vor:

1. Die Anwendung der Basic Principles of Good Governance im Jahr 2016, d.h. transparente und demokratische Entscheidungsprozesse, finanzielles Berichtswesen und entsprechende Prüfungen gemäß internationalen Standards, die Veröffentlichung der finanziellen Lageberichte sowie Ethik- und Complianceregeln etc..
2. Das IOC wird ein unabhängiges System zur Prüfung seiner größten finanziellen Zuwendungen an die IFs, NOKs und die Organisationskomitees der Olympischen Spiele (OCOGs) im Hinblick auf finanzielle und Good Governance Aspekte einrichten. Für alle anderen Aktivitäten der IFs, NOKs und OCOGs soll Empfehlung 27 der Olympischen Agenda 2020 ab 2016 Anwendung finden. Das IOC erkennt die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der IFs an und würdigt ihre Unterstützung dieser Initiative, die in der Gründung einer Sports-Governance-Arbeitsgruppe durch die Vereinigung der Olympischen Sommersportverbände (ASOIF) während des IOC-Executive Board Meetings ihren Ausdruck fand.
3. Good Governance entwickelt sich in der Praxis beständig weiter. Deshalb hat das IOC nur ein Jahr nach der Umsetzung entsprechender, umfassender Reformen das weltbekannte International Institute for Management Development (IMD) in Lausanne und sein Global Board Center damit beauftragt, die Good Governance auch innerhalb des IOC zu untersuchen. Das IMD hat dem Executive Board seine erste Einschätzung vorgelegt.

Das Executive Board des IOC begrüßt darüber hinaus die Vorschläge des FIFA-Vorstands zu umfassenden Reformen, wie die Begrenzung von Amtszeiten und weitere Maßnahmen. Das Executive Board des IOC ist nach wie vor besorgt über die laufenden Strafverfahren in den Vereinigten Staaten und der Schweiz, die nach Aussage der zuständigen Behörden noch weitere 5 Jahre dauern könnten. Die Glaubwürdigkeit der FIFA könnte dadurch weiterhin beeinträchtigt werden und über diesen langen Zeitraum alle Sportverbände in Mitleidenschaft ziehen. Daher bestärkt das EB des IOC die FIFA darin, alle erforderlichen Maßnahmen zur Klärung und Beilegung der anhängigen Streitfragen durch Gespräche mit den zuständigen Stellen so bald als möglich zu ergreifen.

In Bezug auf den Schutz sauberer Athleten hat das EB des IOC seine Null-Toleranz-Politik bekräftigt und unterstützt die Zuständigkeit und Eigenständigkeit der Welt-Anti-Doping-Agentur WADA bei ihrem Anti-Doping-Kampf. Entsprechend der Einigung beim Olympischen Gipfeltreffen im Oktober setzt das

IOC seine Bemühungen fort, das Anti-Doping-System von den Sportverbänden zu lösen. Das EB unterbreitet den jeweiligen WADA-Arbeitsgruppen folgende Vorschläge:

Eine unabhängige Organisation zur Steuerung der Testverfahren und -ergebnisse soll unter der Führung der WADA gegründet werden. Die Sportverbände sollen ihre Prozesse zur Dopingkontrolle auf diese neue Organisation übertragen und zunächst Mittel in Höhe der derzeit getätigten Investitionen für den Anti-Doping-Kampf zur Verfügung stellen. Diese Organisation soll darüber hinaus die Aufgaben der nationalen Anti-Doping-Agenturen koordinieren, um so ein wirksames, effizientes und weltweit einheitliches Anti-Doping-System sicherzustellen. Regierungen, die 50-prozentige Partner der WADA sind, sollen diese Reform logistisch und finanziell im gleichen Maße wie die Sportbewegung unterstützen.

- Innerhalb dieser Organisation soll eine professionelle Stelle zur Bündelung von Informationen (Intelligence Gathering Unit) eingerichtet werden. Dies ermöglicht der WADA proaktives Handeln. Diese Stelle soll sich im frühestmöglichen Stadium mit den Aspekten befassen, welche die Compliance der Anti-Doping-Organisationen und der von der WADA akkreditierten Anti-Doping-Labors beeinträchtigen könnten. Damit werden alle betreffenden Institutionen darin unterstützt, stets regelkonform zu handeln und saubere Athleten weltweit auf gleichem Niveau zu schützen.
- Sanktionen sollten vom Internationalen Sportgerichtshof (CAS) ausgesprochen werden. Das Sanktionensystem wäre somit zentralisiert, kosteneffizient und würde einheitlich für alle Sportarten und Länder angewandt werden. Das geltende Recht, bei einer anderen Kammer als dem CAS Einspruch gegen solche Sanktionen zu erheben, würde in vollem Umfang weiter bestehen und gewährleistet.

Das IOC ist davon überzeugt, dass die Verabschiedung dieser Vorschläge ein effizienteres, transparenteres, wirksames, kosteneffizienteres und einheitlicheres Anti-Doping-System zum Ergebnis haben würde. Es würde den sauberen Athleten besseren Schutz gewähren und die Glaubwürdigkeit des Sports fördern. Das IOC ist bestrebt, ab den Winterspielen 2018 ein solches unabhängiges Anti-Doping-System zur Verfügung zu haben.

Das IOC hat unabhängig von diesen Vorschlägen bereits erste Schritte in diese Richtung unternommen. Die WADA wird die Bündelung von Informationen mit finanzieller Unterstützung des IOC leiten, um die Kontrollen im Vorfeld der Olympischen Spiele in Rio de Janeiro so effizient und eigenständig wie möglich durchführen zu können. Dopingkontrollen außerhalb des Wettkampfs werden während der Olympischen Spiele ebenfalls dieser WADA-Ermittlungsgruppe unterstehen, damit sie zielgenauer und wirksamer erfolgen können.

Zum weltweiten Schutz der sauberen Athleten hat das IOC die Nationalen Olympischen Komitees in Russland und Kenia und die WADA ersucht, ein effizientes Programm für Dopingkontrollen außerhalb des Wettkampfs für alle Athleten in allen Sportarten ihrer Länder sicherzustellen, da ein solches Programm derzeit nicht existiert. Das IOC begrüßt die bereits von der WADA, den beiden NOKs und dem Weltleichtathletikverband (IAAF) ergriffenen Maßnahmen zur Klärung aller Fragen, die der Compliance aller Staaten mit dem internationalen Anti-Doping-Code entgegenstehen.

Das IOC ersucht dringend die Regierungen von Andorra, Argentinien, Bolivien, Israel, Russland und der Ukraine, bei denen die WADA festgestellt hat, dass ihre Nationale Anti-Doping-Organisationen (NADOs) die Anforderungen des Anti-Doping-Code nicht erfüllen, mit höchster Priorität alle erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Compliance zu ergreifen. Die Regierungen von Belgien (Joint Communities Commission) und Belgien (Ministerium der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens), Brasilien, Frankreich, Griechenland, Mexiko und Spanien, deren NADOs von der WADA bis auf Weiteres als nicht regelkonform eingestuft wurden, sind aufgefordert, mit höchster Priorität alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Compliance vor Ablauf der von der WADA gesetzten Frist am 18. März 2016 sicherzustellen.